

Chronik des Tages.

Der deutsche Generalkonsul in Genf hat am heutigen Mittwoch dem Generalsekretär des Völkerbundes das Aufnahmegeruch Deutschlands überreicht.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat geküßt auf die Einmütigkeit des Reichstages, die Herausforderung Mussolinis mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Gräfin Marie Elisabeth Johanna Rankau, die einzige Tochter des Reichsfeldmarschalls Fürsten v. Bismarck, ist im Alter von 77 Jahren auf ihrem Gut Dobersdorf bei Kiel gestorben.

Einer der bedeutendsten deutschen Lokomotivbauer, Reichsrat Alfons Ritter v. Wassei, ist in München unerwartet gestorben.

Die spanischen Flieger haben von Rio de Janeiro aus den Weiterflug nach Buenos Aires angetreten.

Warum wir nach Genf gehen.

Nach eingehender Erörterung aller mit der Anmeldung Deutschlands beim Völkerbunde zusammenhängenden Fragen hat das Reichskabinett am Montag einstimmig die Absendung der Anmeldeurkunde beschlossen. Noch am gleichen Abend ist die Note durch einen Sonderkurier nach Genf abgehandelt worden, wo sie im Laufe des heutigen Tages durch den deutschen Generalkonsul Uffmann dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond überreicht wird. Die Veröffentlichung des Wortlauts der Note wird unmittelbar nach der Ueberreichung in Genf erfolgen.

Gleichzeitig mit der Absendung der Anmeldeurkunde hat die Reichsregierung in einer Erklärung noch einmal die Gründe dargelegt, die für ihre Entscheidung zum Eintritt in den Völkerbund entscheidend waren. In erster Linie war für den Beschluß des Reichskabinetts die Erwägung ausschlaggebend, daß erst durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund das Vertragswerk von Locarno zur Wirklichkeit wird. Ist dieser Vertrag aber in Kraft getreten, dann kann Deutschland nicht zugeben, daß überhaupt noch eine innere Berechtigung für die Befestigung deutschen Bodens durch fremde Truppen besteht. Alsdann wird Deutschland zunächst eine weitere erhebliche Verminderung der Besatzungskräfte in der zweiten und dritten Zone, insbesondere eine starke Verminderung der Truppenzahl, und zwar mindestens gemäß der Note der Völkerversammlung vom 14. November 1925 mit allem Nachdruck anstreben.

Von entscheidender Bedeutung für den Schritt der Reichsregierung war ferner die Tatsache, daß Deutschland sofort einen ständigen Sitz in dem wichtigsten Organ des Völkerbundes, dem Völkerbundsrat, erhielt und damit künftig bei all den großen Angelegenheiten, für die der Völkerbund zuständig ist, zum mindesten mitberaten und mitabstimmen wird. Bei zahlreichen Entscheidungen des Völkerbundesrat aber wird Deutschlands Stimme darüber hinaus von entscheidender Bedeutung sein, da nach der Satzung des Völkerbundes der Völkerbundsrat, soweit nicht in besonderen einzelnen Fällen anderes vorgesehen ist, einstimmig zu beschließen hat.

Weiter war für die Entscheidung der Reichsregierung auch der Gesichtspunkt entscheidend, daß bei allen politischen Spannungen erster Art den Bundesmitgliedern das Recht zusteht, eine Beratung im Völkerbunde herbeizuführen und auf diese Weise ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Dadurch wird Deutschland die Wiederbeteiligung an den großen politischen Entscheidungen gesichert. Im Völkerbunde kann ferner die Nachprüfung unabwendbar geordneter Verträge und solcher internationaler Verhältnisse veranlaßt werden, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährdet. Auch für die allgemeine Abrüstung, die eines der wichtigsten Ziele des Völkerbundes ist, kann Deutschland als Mitglied nachdrücklich eintreten, während es außerhalb des Bundes kaum eine Handhabe besitzt, um von sich aus auf die Befestigung des Untergrundes im Rüstungsstande der europäischen Länder hinzuwirken. Neben diesen allgemeinen Aufgaben hat der Völkerbund eine Reihe von Sonderaufgaben übernommen, die gerade für Deutschland von lebenswichtiger Bedeutung sind. Dazu gehören zunächst die Verwaltung des Saargebietes und der Schutz Danzigs, zwei Fragen, deren befriedigende Behandlung ohne deutsche Mitwirkung nicht denkbar ist. Es kommt hinzu die Frage der Kolonialmandate, an denen beteiligt zu werden, das deutsche Volk seinen berechtigten Anspruch erhebt. Endlich ist besonders auf das Problem der Minderheiten hinzuweisen, deren Schutz dem Völkerbunde anvertraut ist. Angesichts der großen Zahl von deutschen Stammesangehörigen, die in fremden Staatsverbänden leben, hat Deutschland die Pflicht, sich an der Gestaltung des Schicksals der Minderheiten nach seiner Kraft aktiv zu beteiligen. Die brutale Unterdrückung Südtirols durch die Faschisten beweist nur zu deutlich, wie sehr die deutschen Minderheiten im Auslande eines wirksamen Schutzes bedürfen.

Selbstverständlich erwartet die Reichsregierung nicht, daß der Eintritt in den Völkerbund einen plötzlichen Umschwung der Dinge herbeiführen könnte. Mit knappen Erfolgen kann, so heißt es in der Regierungserklärung, keine deutsche Außenpolitik rechnen. Sie werde bei richtiger Abschätzung der ihr zu Gebote stehenden Mittel den mühsamen Weg des Wiederaufstiegs und der Erhaltung nur Schritt für Schritt zurücklegen können. Auf diesem Wege bedeute der Eintritt in den Völkerbund einen Fortschritt, da er Deutschland neue Mittel und neue Möglichkeiten der Politik zur Verfügung stelle.

Die Tiroler Frage.

Eingetreten des Völkerbundes?

Die unerbittliche Drohung Mussolinis, daß er die Italanisierung Südtirols rücksichtslos durchzuführen und gegebenenfalls die italienische Tricolore über den Brenner hinaus nach Norden vorwärtszutragen werde, hat die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das traurige Los Südtirols gelenkt. Auch in Völkerversammlungen ist man sich nun endlich bewußt zu werden, daß es die ureigenste Aufgabe des Völkerbundes ist, der bedrängten deutschen Minderheit in Tirol seinen Schutz angedeihen zu lassen.

Das dem Völkerbundssekretariat nahesteheende „Journal de Geneve“ wendet sich energisch gegen die Auslassungen Mussolinis über Südtirol und weist darauf hin, daß die italienische Regierung im Friedensvertrage von Saint Germain den deutschen Bürgern in Italien gegenüber die feierliche Verpflichtung übernommen habe, „ihrer Sprache, ihrer Kultur und ihren Wirtschaftsinteressen gegenüber eine weitherzige liberale Politik zu verfolgen.“ Die Politik, die Mussolini jetzt als Italanisierung Südtirols bezeichne, wäre aber diejenige, die die italienische Regierung sich verpflichtet hätte, nicht zu betreiben. Der Völkerbund als solcher könne allerdings von sich aus in die Tiroler Frage nicht eingreifen, doch gebe der Artikel 11 der Satzungen des Völkerbundsmitgliedern wohl die Möglichkeit, in der Tiroler Frage den Völkerbund anzurufen. Wenn die Reichsregierung, durch ihre öffentliche Meinung veranlaßt, in Genf die Tiroler Frage ansprechen würde, so würde dies nicht nur einen Konflikt zwischen Deutschland und Italien, sondern auch eine ernste Gefahr für den Völkerbund bedeuten. Die Krise würde unvermeidlich sein, wenn Mussolini daran denken sollte, wie er sagt, die italienische Tricolore über den Brenner hinaus zu tragen.

Italien droht weiter.

Ausweisung aller Deutschen.

Das römische Blatt „Tribuna“ zählt, offenbar auf Veranlassung der italienischen Regierung, die Maßnahmen auf, mit denen Italien auf weitere deutsche „Herausforderungen“ antworten würde. Wenn man die Deutschen daran hindern wollte, heißt es, nach Italien zu kommen, könnte Italien einer solchen Absicht zuvorzukommen und den Deutschen das Visum nach Italien als unerwünschten Gästen überhaupt verweigern. Wenn man italienische Waren boykottieren würde, würde Italien mit dem restlichen Boykott deutscher Waren antworten. Wenn in Deutschland auch nur ein einziger der dort lebenden Italiener angerührt werde, würde Italien alle deutschen Staatsbürger an die Grenze befördern, die nach dem Kriege in Italien Beschäftigung gefunden haben.

Völkerbundstagung am Freitag.

Genf, 10. Februar 1926.

Der deutsche Generalkonsul Dr. Uffmann hat gestern den Generalsekretär des Völkerbundes aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß die Note der Reichsregierung, die das Aufnahmegeruch Deutschlands an den Völkerbund enthält, am Mittwoch, den 10. Februar, dem Völkerbundssekretariat überreicht werden würde. Daraufhin hat der Generalsekretär entsprechend den Weisungen des derzeitigen Völkerbundspräsidenten Scialoja den Rat des Völkerbundes zu einer außerordentlichen Tagung nach Genf auf Freitag, den 12. Februar, einberufen.

Diese Sitzung hat lediglich den Zweck, das Datum der außerordentlichen Völkerbundsversammlung, in der Deutschlands Aufnahme erfolgen soll, zu bestimmen. Aus diesem Grunde werden an dieser Sitzung die ständigen Repräsentanten nicht teilnehmen, sondern sich durch die Gesandten der betreffenden Staaten in Bern oder Paris vertreten lassen. Die Völkerbundsversammlung am 10. März wird wahrscheinlich am 10. März zusammentreten.

Intrigen gegen Deutschlands Ratsitz.

Auffschub der Aufnahme Deutschlands?

Der diplomatische Mitarbeiter des englischen Regierungsblattes „Daily Telegraph“ spricht von gewissen Intrigen gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die in einzelnen alliierten Kreisen gefördert würden. Ein Vertreter einer der betreffenden Mächte soll die Andeutung gemacht haben, daß, wenn sein Land nicht auch gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhalte, er wahrscheinlich den Antrag erhalten würde, sich gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundsrat zu wenden, und so den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verschieben. Das Innerkreislächste an dieser Entwicklung aber sei, daß die britische Regierung und die britische Delegation sich vor die Frage gestellt sehen, entweder den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinauszuschieben, oder gleichzeitig mit Deutschland zwei oder drei anderen Mächten einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu gewähren, was aber der britischen Regierung keineswegs erwünscht sei.

Bei den letztgenannten Mächten handelt es sich um Polen, Brasilien und Argentinien.

Politische Rundschau.

Berlin, den 10. Februar 1926.

Der Reichsernährungsminister Dr. Haslender ist erheblich erkrankt und muß einen Erholungsurlaub antreten, der ihn voraussichtlich auf einige Wochen dem Dienste fernhalten wird.

Der Frankfurter Polizeipräsident Ehrler wurde vom preussischen Staatsministerium als Nachfolger des verstorbenen Konrad Haenisch zum Präsidenten der Regierung in Wiesbaden ernannt.

In Kollernmoor bei Rosenheim (Oberbayern), wurde eine kommunistische Delegiertenversammlung von der Gendarmerie aufgehoben. Unter den Teilnehmern befand sich auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Buchmann.

Das Saargebiet und Völkerbund. Bei einer Rundgebung des Bundes der Saarvereine in Essen erklärte das Mitglied des Landesrates des Saargebietes, Schmeyer, durch den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund werde das Saargebiet sicher eine Entlastung erfahren, weil gewisse Beschlüsse des Völkerbunds nach den Satzungen einstimmig gefaßt werden müssen. Wenn die deutschen Vertreter ab und zu „heiligen Egoismus“ sprechen ließen, dann würden sich für das Saargebiet, für das besetzte Gebiet und für das ganze deutsche Volk Möglichkeiten günstiger politischer Gestaltung ergeben.

Die Hilfe für die erwerbslosen Angestellten. Im Reichstage ist von der demokratischen Fraktion der Entwurf eines Gesetzes über die Unterbringung erwerbsloser Angestellter eingegangen. Die Landesarbeitsämter sollen die Befugnis erhalten, Arbeitgeber, die mindestens fünf Angestellte beschäftigen, anzuhalten, Angestellte beiderlei Geschlechts, die das 40. Lebensjahr überschritten haben und seit mindestens zehn Jahren eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben, zu beschäftigen, wenn diese Angestellten länger als drei Monate erwerbslos gemeldet sind.

Rundschau im Auslande.

Der frühere rumänische Kronprinz Karol hat, entgegen anderslautender Meldungen, seinen Thronverzicht nicht widerrufen.

Der Generalsekretär für die deutschen Reparationszahlungen Parker Gilbert ist nach mehrwöchigem Aufenthalt in Amerika wieder nach Europa zurückgekehrt. Er verweilt zurzeit in Paris und wird Anfang nächster Woche in Berlin eintreffen.

Sein englisch-italienischer Geheimvertrag.

Der frühere englische Premierminister MacDonald hat dieser Tage in einer Unterredung mit einem Pariser Journalisten die Vermutung geäußert, daß mit dem englisch-italienischen Schuldenabkommen ein Geheimvertrag verbunden sei, in dem sich England und Italien bei ihren Bemühungen um Mosul bzw. Tunis gegenseitige Unterstützung garantieren. Auf eine diesbezügliche Anfrage im Unterhaus bestritt der englische Ministerpräsident Baldwin in scharfem Tone, daß irgendwelche politische Abmachungen zwischen England und Italien aus Anlaß der Schuldenregelung als Nebenabkommen getroffen seien. Auf die Rundgebung gab es eine spontane Ovation bei allen Parteien des Unterhauses.

Deutsche Viehlieferungen auf Reparationskonto.

Das auf Reparationskonto gelieferte deutsche Vieh hat bei den französischen Landwirten solchen Anklang gefunden, daß sie jetzt 20 000 Stück Rindvieh aus Deutschland beziehen wollen. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft soll dieses Ansuchen vermitteln. Zwei Drittel des Viehes soll der schwarzbunten und ein Drittel der roten Rasse angehören. Geachtet werden: Albe, Wallen, Sterken, Ohsen. Das Vieh soll sofort bei Abnahme bezahlt werden.

Die Antwort an Mussolini.

Stresemanns Erklärung im Reichstag.

Berlin, 9. Februar 1926.

Entsprechend dem gestern geäußerten Wunsch der Reichsregierung hatte der Reichstag die deutsch-nationale Interpellation über den Terror der italienischen Behörden in Südtirol und die Interpellation der Regierungspartei über die Ausföhrungen Mussolinis in der italienischen Kammer auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt, um so dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann Gelegenheit zu geben, die unzähligen Beschimpfungen und Drohungen, mit denen der italienische Ministerpräsident, Deutschland bedacht hat, mit der gebotenen Entschiedenheit zurückzuweisen. Die Sitzung wurde pünktlich um 2 1/2 Uhr eröffnet. Das und Tribünen waren überfüllt. Unter den zahlreichen Vertretern der Diplomatie bemerkte man besonders den Gesandten Deutschlands Dr. Frankl, der durch sein Erscheinen das besondere Interesse der österreichischen Delegation zum Ausdruck brachte.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

erhielt sofort nach Eröffnung der Sitzung das Wort. Der Minister wies einleitend daraufhin, daß die Ausföhrungen, die der italienische Ministerpräsident in der Sonnabend-Sitzung des italienischen Parlaments gemacht hat, tief eingriffen in das Verhältnis Italiens zu Deutschland. Sie rufen darüber hinaus die Gesamtlage auf, die mit dem Abschluß der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Verbindung steht.

Der rhetorische Ausdruck des Herrn Mussolini gebe Veranlassung, ihm in derselben Weise zu antworten. (Zustimmung.) Die deutsche Regierung muß es aber ablehnen, auf einen derartigen Ton, der vulgär mehr als Massenversammlungen als auf eine Aussprache mit anderen Nationen berechnet ist, einzugehen.

Der Minister schildert dann ausführlich den Taktikstand Südtirols bei den Friedensverträgen Italien zugesprochen worden. Daraus ergeben sich politische Konsequenzen, die wir stets respektiert haben und respektieren werden. Die unbefristete Souveränität Italiens erschöpft aber nicht die Gesamtsituation, auch nicht vom italienischen Gesichtspunkt aus. Bei der Begründung der Friedensverträge haben wir oft genug von anderer Seite zu hören bekommen, daß es nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral gibt. Unter lauten Hört-Hörusen verliest Dr. Stresemann dann die verschiedenen

feierlichen Versicherungen

der amtlichen Stellen Italiens, in denen bei der Übergabe Südtirols durch Italien der deutschen Bevölkerung jenes Landes die Wahrung ihrer Kultur und des deutschen Schulwesens in Südtirol zugesagt wurde. So hat Tittoni am 27. September 1919 die Erklärung abgegeben, daß Italien der Bedanke einer Entnationalisierung der neuen Untertanen vollkommen fernliege, was auch der italienische König hat sich in Rapel damals in ähnlichem Sinne ausgesprochen.

Im Gegensatz zu allen diesen Versicherungen hat das faschistische Regime eine bewusste Italanisierung und Entdeutschung Südtirols vorgenommen.

Ueber diese nicht zu leugnende und auch von Mussolini nicht geleugnete Tatsache ist die Öffentlichkeit unterrichtet. Sie ist nur verwirrt worden durch unmaßige und enervierende Einzelnachrichten, wie die von einem Verbot der Weihnachtsbäume und geplanten Beseitigung des Denkmals Walther von der Vogelweide in Bozen. Die deutsche Regierung hat diese falschen Nachrichten, denen sie vollkommen fernsteht, außerordentlich bedauert und die Presse zu größter Vorsicht ermahnt. Diese bedauerlichen falschen Nachrichten ändern aber nichts an dem Gesamtcharakter der Italanisierung Südtirols.

Der Minister teilte dann weiter mit, daß in München von wenigen Leuten eine Bewegung zum Boykott Italiens eingeleitet worden sei, diese rein private Betätigung unvorantworflicher Leute hat Mussolini veranlaßt, dem deutschen Völkerversammlung gegenüber zu erklären, daß er amtlich die Einfuhr deutscher Waren nach Italien verbieten würde und zum Boykott deutscher Waren auffordern würde, wenn diese Angriffe in der deutschen Öffentlichkeit nicht aufhörten. Es ist ein unmaßhaltiges Vorgehen, die unbedachte Bewegung weniger Kreise, die von der Reichsregierung entschieden mißbilligt wird, mit dem Druck